



Prof. Dr. Dorothea Schäfer ist
Forschungsdirektorin am DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin
wieder.

Keine Zeit verlieren bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer

Das Zeitfenster für einschneidende Maßnahmen zur Bekämpfung von Auswüchsen auf den Finanzmärkten dürfte auch dieses Mal beschränkt sein. Wenn der Schreck über das Wiederaufflammen der Finanzkrise im Jahr 2011 erst einmal verfliegen ist und sich die Lobbyisten neu aufgestellt haben, ist die Gelegenheit zur Einführung der Finanztransaktionssteuer möglicherweise auch rasch wieder vorbei. Zurzeit sind die Gegner in der Defensive. Regierung, Opposition und EU-Kommission scheinen einig: Die Steuer soll kommen. Auch in der Wissenschaft gibt es zunehmend mehr Stimmen, die es mit der Finanztransaktionssteuer probieren wollen. Wie weit der Schwung der Einigkeit trägt, ist indes ungewiss. So rasch wie möglich muss daher ein Gesetzentwurf auf den Tisch, mit dem die EU-Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer in nationales Recht umgesetzt wird.

Die Gegner der FTS führen als stärkstes Geschütz gegen die Einführung die drohende Abwanderung von Finanzgeschäften in Steueroasen und die Umgehung durch die Erfindung neuer komplexer Finanzprodukte an. Mögliche Ausweichreaktionen sind freilich kein Argument gegen die Steuer an sich. Sie verweisen lediglich darauf, dass der Gesetzgeber mit besonderer Sorgfalt vorgehen muss und die Reaktion der Finanzmarktteilnehmer für einige Jahre intensiv beobachten muss. Manch Steuerpflichtiger legt ja auch viel Einfallsreichtum an den Tag, wenn es darum geht, die Einkommenssteuer zu umgehen. Stellt deswegen jemand die Einkommenssteuer in Frage? Steuern rufen nun mal erfindungsreiche Geister auf den Plan, die sich vielfältige Vermeidungsstrategien ausdenken.

Die EU-Kommission rechnet mit Einnahmen von 57 Milliarden Euro pro Jahr und möchte mit der Besteuerung eine eigene Einnahmequelle erschließen, die nationalen Haushälter erhoffen sich einen Beitrag zum angepeilten ausgeglichenen Haushalt. Vielen Befürwortern, insbesondere aus der Politik, kommt es also vor allem auf die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer an. Ein

solcher Fokus ist verständlich, angesichts der Lasten, die dem Steuerzahler bei der Bewältigung der Finanzmarktkrise auferlegt werden und angesichts der üblicherweise großen Gewinne im Finanzsektor. Beispielsweise erzielte der US-Finanzsektor nach einem kurzen Einbruch im Jahr 2008 in den Folgejahren wieder mehr als 30 Prozent der gesamten Unternehmensgewinne in den USA.

James Tobin allerdings, den Erfinder der Steuer auf Finanztransaktionen, haben die Steuereinnahmen wenig interessiert. Ihm kam es vor allen darauf an, durch Verteuerung der einzelnen Transaktion die destabilisierende Währungsspekulation zurückzudrängen. Auch in der jetzigen Krise liegt das zentrale Ziel darin, Transaktionen zu eliminieren, die für die Realwirtschaft, das heißt für Haushalte, Unternehmen und Staat, schädlich sind. Heute geht es dabei in erster Linie um den intransparenten automatischen Hochfrequenzhandel und um spekulative Hebelgeschäfte. Der Hochfrequenzhandel steht im Verdacht, heimlich die Renten von ahnungslosen Käufern oder Verkäufern großer Wertpapierpakete abzuschöpfen. Hebelgeschäfte erlauben es mit kleinsten Eigenbeträgen große Summen spekulativ einzusetzen und unterminieren so das Haftungsprinzip. Der Gesetzgeber muss sich bei der Ausgestaltung des Gesetzes auf die Reduktion solcher Transaktionen und damit auf die Lenkungswirkung konzentrieren, so attraktiv der Gedanke an viele zusätzliche Steuereinnahmen auch sein mag.

Großbritannien wollte beim jüngsten Gipfel in Brüssel ein Vetorecht für EU-Gesetzesvorhaben durchsetzen, von denen die britische Finanzindustrie betroffen wäre. Der britische Regierungschef Cameron dürfte dabei auch die Umsetzung der EU-Richtlinie zur – auf der Insel höchst unbeliebten – Finanztransaktionssteuer im Kopf gehabt haben. Großbritannien wurde dieser „Sonderweg“ zugunsten der eigenen Finanzindustrie zu Recht verweigert. Nun sollten die übrigen Staaten, allen voran Deutschland, in Sachen Finanztransaktionssteuer auch Ernst machen. Die Einführung der Steuer ist notwendig und möglich.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Miriam Hautf
PD Dr. Elke Holst
Dr. Wolf-Peter Schill
Lana Stille

Lektorat

Dr. Markus Grabka
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.